

**»Scharfschützen schießen aus dem Hinterhalt«
Kurdische Metropole Diyarbakir erneut unter Artilleriefeuer. Bevölkerung soll demoralisiert werden. Ein Gespräch mit Norman Paech**

Peter Wolter

Sie haben in den vergangenen Tagen die kurdischen Gebiete der Türkei besucht, zur Zeit sind Sie in Diyarbakir. Wie ist dort die Situation angesichts immer wieder gemeldeter Übergriffe der türkischen Armee?

Diese Angriffe finden nach wie vor statt, in verschiedenen Regionen und Städten des kurdischen Gebietes. Die Ausgangssperre ist zwar aufgehoben worden, die Menschen dort leben aber weiter wie unter einem Besatzungsregime. Die Bevölkerung wird belästigt, Frauen werden verfolgt, immer wieder werden Menschen von türkischen Scharfschützen aus dem Hinterhalt erschossen. Erst am vergangenen Freitag wurde bei einer Demonstration in Diyarbakir ein junger Mensch – völlig unbeteiligt! – von einer Scharfschützenkugel getötet.

Die Lage ist sehr angespannt, es gibt immer wieder Kämpfe oder Beschuss durch Panzer und Artillerie – man hört die Explosionen ja im Hintergrund. Das Zentrum von Diyarbakir wird seit Sonntag früh wieder heftig beschossen, schwarze Rauchwolken liegen über der Stadt. Es werden Häuser und Wohnungen zerstört, um die kurdischen Bewohner zu terrorisieren und zu zwingen auszuweichen.

Das ist doch staatlicher Terror gegen die kurdischen Mitbürger ...

Ja, wir haben es in Diyarbakir, Silopi und Nusaybin gesehen: Die Leute werden nicht nur durch Kugeln getötet, sondern auch durch Panzer- und Artilleriegranaten. Es geht der türkischen Armee ganz offensichtlich nicht darum, die kurdische Arbeiterpartei PKK unter Beschuss zu nehmen, sondern die Bevölkerung insgesamt soll demoralisiert werden. Das geht so weit, dass die Türkei Nacktfotos weiblicher Opfer an die Öffentlichkeit gibt.

Die Türkei hatte zwar zugesichert, für einige Stunden die Ausgangssperre aufzuheben, damit die Menschen aus ihren Kellern herauskommen und sich versorgen können. Sie sind aber zu Recht ängstlich und misstrauisch gegenüber Armee und Polizei: Einmal sind zwei Jugendliche mit einer weißen Fahne in der Hand aus dem Keller gekommen und sofort beschossen worden.

Hatten Sie selbst Probleme mit türkischen Sicherheitskräften? Sie mussten schließlich von Istanbul aus in die kurdischen Gebiete reisen.

Nein. Auf unserer Autofahrt mussten wir diverse Kontrollstellen passieren. Dort wurden unsere Papiere geprüft, wir wurden nach Ziel und Zweck unserer Reise gefragt. Besonders streng war es an einem Checkpoint bei Cizre. Diese Stadt steht nach wie vor unter strikter Ausgangssperre, in den Kellern der Häuser liegen noch viele Leichen, die nicht bestattet werden konnten. In Sur liegen noch zehn Tote in den Kellern, einer bereits seit 65 Tagen.

Wir sind eine lange Strecke entlang der Grenze zu Syrien gefahren. Was bisher kaum bekanntgeworden ist: Die Türkei ist dabei, dort von Osten nach Westen einen Grenzzaun zu bauen, ähnlich dem, mit dem Israel die palästinensischen Gebiete absperrt.

Haben Sie auch einen Eindruck gewonnen, wie die nichtkurdische Bevölkerung zu dieser aggressiven Politik von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan steht?

Wir haben versucht, zu Abgeordneten der Regierungspartei AKP Verbindung aufzunehmen – vergeblich. Die kümmern sich nicht um die Lage in den kurdischen Gebieten, obwohl es 60 kurdische Abgeordnete in der AKP gibt. Da wir fast ausschließlich in den kurdischen Gebieten unterwegs waren, hatte ich bislang auch nur mit Kurden Kontakt. Bei diesen Gesprächen habe ich niemanden

kennengelernt, der die Regierung unterstützt – aber auch niemanden, der fordert, Kurdistan solle sich von der Türkei trennen. Die Bevölkerung will die Autonomie, also die Selbstverwaltung in den Grenzen der Türkei.

Was können Linke in Deutschland tun, um den Kampf der Kurden zu unterstützen?

Hier in Kurdistan kommen immer wieder Delegationen auch aus Schweden, Großbritannien oder Italien zu Besuch, um sich zu informieren. Was wir vor allem machen können, ist, die Wahrheit über die Zustände im Süden der Türkei in der Bundesrepublik zu verbreiten.

Norman Paech ist emeritierter Professor für Völkerrecht an der Universität Hamburg. Von 2005 bis 2009 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. Er besucht in seiner Eigenschaft als Völkerrechtler regelmäßig Kurdistan